

## **Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich**

Sitzung vom 16. Juni 2021

### **650. Erweiterung Bezirksanlage Winterthur, Vergabe Fassadenbau**

Mit Beschluss vom 31. August 2020 (Vorlage 5580) bewilligte der Kantonsrat für den Neubau des Gefängnisses Winterthur, den Rückbau des alten Gefängnisses und den Umbau der Bezirksanlage Winterthur einen Objektkredit von Fr. 89 339 000. Die gebundenen Ausgaben von Fr. 23 745 000 wurden vom Regierungsrat mit Beschluss Nr. 1015/2019 bewilligt.

Für die Ausführung des Fassadenbaus gemäss BKP 221.3 wurde ein offenes Vergabeverfahren durchgeführt. Es liegen drei bereinigte Angebote von Fr. 7 117 263.20 bis Fr. 8 050 277.75 vor. Aufgrund der Prüfung anhand der Eignungs- und Zuschlagskriterien sind die Leistungen an die Aepli Metallbau AG, Gossau, zu vergeben. Die Offertsumme von Fr. 7 117 263.20 gemäss Angebot vom 5. März 2021 kann sich für Unvorhergesehenes auf Fr. 7 850 000 erhöhen.

Die Vergabesumme ist durch den Objektkredit gedeckt und geht zulasten der Leistungsgruppe Nr. 8750, Liegenschaftlichen Verwaltungsvermögen.

Auf Antrag der Baudirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Ausführung des Fassadenbaus für die Erweiterung der Bezirksanlage Winterthur wird gemäss Angebot vom 5. März 2021 zu Fr. 7 117 263.20 an die Aepli Metallbau AG, Gossau, vergeben. Die Vergabesumme kann sich für Unvorhergesehenes auf Fr. 7 850 000 erhöhen.

II. Der Betrag geht zulasten der Leistungsgruppe Nr. 8750, Liegenschaftlichen Verwaltungsvermögen.

III. Dieser Beschluss ist bis zur Veröffentlichung des Zuschlags auf [simap.ch](http://simap.ch) nicht öffentlich.

IV. Mitteilung an die Baudirektion.



Vor dem Regierungsrat  
Die Staatsschreiberin:

**Kathrin Arioli**